

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

17.1.1931 (No. 14)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Preisnehmer
Nr. 953
und 954
Postkontor
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A m e n d,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,20 RM. einschließlich Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen inwärtiger Adressen, die als Kassenzahlung gilt und versendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konkursverfahren fällt der Inhalt der Zeitung verpfändet, in beschränktem Umfang oder nicht ein. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Zum Tage der Reichsgründung

Wer die deutsche Geschichte kennt, der weiß, daß sie eine Geschichte der Not und der Mühsal ist, und daß Perioden des Glücks und der Wohlfahrt nur von recht kurzer Dauer gewesen sind. Immer aber war es des Reiches Einigkeit und Zusammenhalt, die irgendwie auf dem Spiele standen. Und die Sorge all der großen Kaiser des Mittelalters, aller der Männer, die eine Epoche der Blüte des Reiches miterleben durften, war stets darauf gerichtet, wie es möglich sein würde, dem Reiche die innere und äußere Geschlossenheit als wichtigste Voraussetzung für des ganzen Volkes Macht und Ansehen zu erhalten.

Durch viele Jahrhunderte hindurch hat es ein deutsches Reich, das diesen Namen wirklich verdiente, nicht gegeben. Nachdem erst einmal die Territorialgewalten zu halber oder gar zu ganzer Selbständigkeit erstarkt waren, hatte der römische Kaiser deutscher Nation eigentlich nur noch Ehrenrechte zu verwalten, und ein jeder Fürst trieb Politik auf eigene Faust. Bis Napoleon I. dieses ganze, morsche Gebilde zertrümmerte. Was dann 1815 als Deutscher Bund wieder entstand, war eine staatsrechtlich so unglückliche Konstruktion, daß man ihr wirkliche Festigkeit von vornherein kaum zutrauen konnte. Die Rivalität zwischen Österreich und Preußen ließ eine innere Geschlossenheit des Bundes erst gar nicht aufkommen.

Diese Rivalität mußte erst einmal beseitigt werden. So, wie die Dinge lagen, war das ohne Kampf wohl nicht möglich. Ebenso wenig, wie Österreich sich willig der preussischen Oberherrschaft fügen würde, ebensowenig konnte man erwarten, daß das mächtig gewordene Preußen sich Österreich unterordnen würde. So blieb praktisch eigentlich nur die Möglichkeit des Ausscheidens eines Rivalen übrig.

Die Erfahrungen des Weltkrieges haben uns gelehrt, daß es wahrscheinlich besser gewesen wäre, wenn damals bereits das habsburgische Problem gelöst worden wäre, und zwar in der Weise, daß die deutschen Gebiete der habsburgischen Monarchie zum deutschen Reich gekommen, und die slawischen Länder sowie Ungarn selbständig geworden wären. Politische Erwägungen und Beweggründe des Gefühls haben nach 1871 dazu geführt, daß das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn ein enges Bündnis schlossen. Dieses Bündnis hat den Zusammenbruch der habsburgischen Monarchie jedoch nicht aufhalten können, es hat uns aber in der Stunde der Not wenig genützt, ja, es ist eigentlich mit Schuld daran gewesen, daß wir überhaupt in den Weltkrieg hinein mußten. Am österreich-ungarischen Bundesgenossen ist Deutschland beinahe selber zugrunde gegangen.

Das war nicht die Schuld dieses Bundesgenossen. Das war lediglich die Auswirkung einer von vornherein so gut wie aussichtslosen Lage. Die ganze politische Entwicklung Österreich-Ungarns hatte es mit sich gebracht, daß Rußland und Italien seine Gegner geworden waren. Auf die slawische Bevölkerung aber konnte sich die Monarchie nicht mehr verlassen. Nicht nur, daß Deutschland 1914 gegen eine erdrückende Übermacht zu Feld zog, es hatte auch, was seine Bundesgenossen betrifft, auf die falschen Pferde gesetzt.

Und als dann das Unheil des Jahres 1918 da war, galt es für uns, die Zähne zusammenzubeißen und alle Anstrengungen zu machen, um Deutschland das Schicksal Österreich-Ungarns zu ersparen. Wir dürfen heute mit Stolz feststellen, daß diese Anstrengungen nicht umsonst gewesen sind. Das Werk, das am 18. Januar 1871 unsere Großväter im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles schufen, hat sich in den wütenden Stürmen des Jahres 1918 und 1919 und der folgenden Jahre behauptet. In den Jahrzehnten des Wohlstands, die auf 1871 folgten,

Letzte Nachrichten

Ein Aufseufz des Deutschlandbundes

WM. Berlin, 17. Jan. (Priv.-Tel.) Der Deutschlandbund verwendet heute ein Rundschreiben, in dem er seine Ziele und Aufgaben darlegt. Es seien innerhalb und außerhalb der politischen Parteien gemeinsame Grundsätze und Ziele vorhanden, die von keiner Partei allein beansprucht werden können und die einen Mittelpunkt brauchen. Seine Ziele sind: Anständige politische Gesinnung, ein starker, gerechter und sauberer Staat, ein freies, zurechtfindendes und kulturell hochstehendes Deutschland.

„Der Deutschlandbund will keine eigene Politik treiben, sondern mithelfen, daß die sittlichen Voraussetzungen einer guten deutschen Politik geschaffen werden. Zu diesem Zweck stellt er sich folgende Aufgaben: 1. Kampf gegen Lüge und Verleumdung, gegen Korruption im öffentlichen Leben. 2. Kampf gegen Gewalt und Terror im Streit der politischen Parteien. 3. Kampf gegen die Herrschaft der Strafe, gegen unfaire Auseinandersetzung und politische Verfolgung. 4. Kampf gegen politische Gleichgültigkeit und Entmutigung, aber auch gegen politische Hochmuth und gegen wirtschaftlichen Dilettantismus. 5. Kampf gegen die Ausnützung wirtschaftlicher und seelischer Not zu politischen Abenteuern. Der Bund will eine Front der anständigen Menschen gegen Verwilderung und Verrohung des politischen Kampfes und gegen oberflächlichen Nationalismus bilden. Er will den Charakter in der Politik, den deutschen Geist und die innere Bildung pflegen.“ Als Mittelpunkt und Arbeitsstelle ist ein Büro unter dem Namen „Deutschlandbund“ errichtet worden. Dieser Deutschlandbund hat seinen Sitz in Berlin.

Neues Erdbeben in Südamerika

WM. Mexiko, 17. Jan. (Tel.) Seit dem großen Erdbeben, das Mexiko vorgestern heimsuchte, wurden in den am 15. Januar in Südamerika betroffenen Gegenden 14 Erdstöße wahrgenommen. Nach Meldungen aus Oaxaca wurden in dem südlich von dieser Stadt gelegenen Mixatlan 20 Personen getötet.

hatte sich eben in der deutschen Volksseele ein so entschlossener und einmütiger Nationalwille entwickelt, daß kein verlorenener Krieg und keine Revolution ihn zermürben konnten. Das ist vielleicht die erhabendste Einsicht, die wir aus der Geschichte Deutschlands seit dem Ende des Weltkrieges gewonnen haben, daß an der Geschlossenheit unseres Nationalwillens von außen her nicht mehr zu rütteln ist.

Der beste Beweis dafür waren die von französischer Hand inszenierten Separatistenunruhen am Rhein. Sie haben ein mögliches Ende gefunden. Und die Stimmung des gesamten deutschen Volkes ist heute so, daß niemand sich ungestraft Äußerungen oder Handlungen erlauben dürfte, die nach Landesverrat schmecken.

Nach alledem ist es mehr als begreiflich, daß unser Volk und seine Regierungen morgen die 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages in feierlicher Weise feiern. Und in Baden werden diese Feiern noch einen ganz besonderen Anstrich der Festlichkeit haben. Denn es war ein badischer Großherzog, Friedrich I., der die Gründung des neuen Deutschen Reiches mit an erster Stelle vorbereiten und zur Tat werden ließ. Seitdem ist Badens Reichstreue immer ein Muster gewesen. Und sie hat sich auch in den letzten Jahren bewährt, in diesen Jahren, die uns all die Opfer und Entbehrungen einer Grenzmark auferlegten.

Trotz all der Wirren und Kämpfe, die gerade jetzt das politische Leben unserer Nation durchtoben, ist der Glaube an die Einigkeit des Reiches unerschüttert geblieben. Es gibt eigentlich überhaupt nur eine einzige Gefahr für diese Einigkeit, und das wäre ein Regiment in Berlin, das auf die Eigenarten der einzelnen Stämme und Länder keine Rücksicht nimmt und alles im Sinne eines berlinisch gefärbten Unitarismus reglementieren will. Wir im Süden haben das feste Zutrauen zu dem Reichspräsidenten und zu der jetzt amtierenden Reichsregierung, daß gerade sie am wenigsten daran denken, die Einmütigkeit des deutschen Volkes durch zentralistische Experimente zu gefährden. Und, weil wir dieses Vertrauen haben, vereinigen wir Badener uns mit dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung in besonderer Herzlichkeit zu der Feier des morgigen Tages. Möge diese Feier symbolische Bedeutung erhalten, indem sie zum Auftakt wird für eine neue und glücklichere Periode der deutschen Geschichte! G. Amen.

* Zur politischen Lage

Zur Finanzlage des Reiches

Mit Recht hat der Zentrumsabgeordnete Erving im Reichstag darüber Klage geführt, daß die bekannten Vorschläge Dietrichs zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in einer so wenig günstigen Form der Presse zugänglich gemacht worden sind. Herr Dietrich selbst hat ja auch diese seine Vorschläge lediglich als Anregungen bezeichnet. Daß sie keine Aussicht auf Verwirklichung haben, daran ist — zumal nach der Einstellung des Reichskabinetts — kaum zu zweifeln.

Aber auch die große Finanzrede, die Dietrich dieser Tage im Reichstag gehalten hat, ist für die Presse nicht richtig aufgemacht worden. Oder die Presse hat es ihrerseits verabsäumt, wichtige Stellen daraus in der nötigen Weise zu betonen. Man wußte doch von Anfang an, daß die Reichsregierung mit einem großen Defizit für 1931 rechnete und dieses Defizit (etwa 900 Millionen Reichsmark) bereits praktisch berücksichtigt hatte. Neu an der Rede Dietrichs war lediglich die Erklärung, daß dieses ansehensmäßige Defizit um etwa 100 Millionen größer sein würde. Zu einer derartigen Beunruhigung, wie sie in einem Teil der Presse Platz griff, lag also keine Veranlassung vor. Wenn man natürlich die Rede Dietrichs so aufzog, daß daraus plötzlich ein neues Milliardendefizit heraussprang, dann war diese Beunruhigung verständlich.

Gewiß ist die Lage der Reichsfinanzen nach wie vor außerordentlich ernst. Aber im großen und ganzen sollten wir uns viel stärker der Tatsache bewußt sein, daß die vom Kabinett Brüning gewollte Sanierung der Reichsfinanzen als solche durchgeführt worden ist, und daß diese Sanierung doch unserer ganzen Finanzwirtschaft den Charakter der Solidität und Zuverlässigkeit verleiht. Etwas anderes ist die Frage, ob sich im Rahmen dieser geordneten öffentlichen Finanzwirtschaft die bisherigen Ausgaben weiterhin werden bewerkstelligen lassen.

Der Reichsfinanzminister hat erklärt, daß sich wesentliche Abstriche nicht mehr machen ließen. Und die Deutsche Volkspartei, die bekanntlich einen Abstrich von 300 Millionen Reichsmark verlangt, ist bis jetzt praktische Vorschläge schuldig geblieben. Denn der Gedanke, daß man den Ländern und Gemeinden noch mehr nehmen könne, entzieht sich doch wohl einer ernsthaften Diskussion. Gerade die Länder und Gemeinden sind ja die Hauptlasttragenden der ganzen Entwicklung. Und es grenzt schon beinahe an Hohn, wenn man ihnen noch weitere Einbußen zumuten wollte.

Jedenfalls kann der Reichsfinanzminister ressortmäßig von sich aus allein das große Finanz- und Wirtschaftsproblem unserer Lage überhaupt nicht meistern und entscheiden. Dazu würde es sehr tiefgreifender Entschlüsse und Maßnahmen bedürfen. Und bevor nicht alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind, wird man sich an solche Maßnahmen nicht gern herantrauen, zumal dabei auf die Hilfe und Mitarbeit des Parlaments in seiner jetzigen Zusammensetzung kaum zu rechnen ist.

Der Reichsfinanzminister bekannte sich in seiner Reichstagsrede zu einem „gemäßigten Optimismus“. Der Nachdruck scheint dabei aber wohl auf dem Worte „gemäßig“ zu liegen. Denn wie wäre es sonst zu verstehen, daß Dietrich in dem gleichen Zusammenhang meinte, niemand könne sagen, ob wir den Tiefpunkt bereits überschritten haben, oder ob er überhaupt noch nicht erreicht sei. Der Reichsfinanzminister rechnet also mit der Möglichkeit, daß sich die Äußerungen der Krisis noch verschlimmern könnten.

Diese vorsichtige Einstellung sticht sehr vorteilhaft ab von der Auffassung vieler seiner Parteifreunde, aus deren Munde man oft genug die Meinung hören kann, es handle sich ja bei der ganzen Krisis nur um eine Konjunkturercheinung, und über Nacht werde die Situation eine ganz andere sein. Wir halten einen solchen Optimismus für ganz und gar unbegründet und sind mit dem Reichskanzler der Überzeugung, daß die Besserung der Lage, an die wir an sich festhalten, nur langsam und in mühseligster Arbeit bewirkt werden wird.

Aus der Rede Dietrichs sind noch einige andere Stellen bemerkenswert. So die eine, in welcher nochmals die Verminderung des Personals der Ministerien um 10 Prozent angekündigt wird. Es ist dies eine der wichtigsten Mitteilungen, die man bisher von seiten der Reichsregierung vernommen hat. Nur ist bis jetzt noch nicht bekanntgeworden, ob sich diese Verminderung lediglich auf das Personal der Ministerien in Berlin selbst oder

auf das Personal im Gesamtbereich der Reichsministerien bezieht. Ziffernmäßig wäre ja nur eine Verminderung des Gesamtpersonals von wirklicher Bedeutung.

Sehr wertvoll war die Erklärung Dietrichs, daß seiner Meinung nach neue Steuern nicht mehr erhoben werden können. Was die Preisentfaltung betrifft, so will sich die Reichsregierung nach den Worten Dietrichs einer weitestgehenden Sanierung der Wirtschaft sich nur auf der Grundlage eines Systems vollziehen kann, das behördliche Eingriffe auf ein Mindestmaß beschränkt. Im allgemeinen sind die Preise abhängig von der Höhe der Steuern, der sozialen Lasten und der Löhne. Erst dann, wenn dieser Druck sich mildern läßt — auf dem Gebiete der Löhne ist ja bereits der Anfang gemacht worden —, erst dann werden die Preise sich noch weiter senken lassen. Wenn die Preise faktisch zu hoch wären, dann müßte ja auch der entsprechende, hohe Gewinn da sein, und dann wäre es gänzlich unverständlich, daß überall Konkurrenz und Betriebsstilllegungen stattfinden.

Der Völkerbund in Genf

Wir haben nicht die geringste Veranlassung, den jetzt beginnenden Tagungen des Völkerbunds in Genf auch nur mit einiger Hoffnungslosigkeit entgegenzusehen. Polen wird alles tun, um durch diese oder jene Manöver die deutschen Beschwerden in der Angelegenheit der oberösterreichischen Grenzfrage zu entkräften. Und da, allemal dann, wenn es darauf ankommt, in Genf Erwägungen der Machtpolitik wichtiger sind, als Prinzipien der Gerechtigkeit, wird Polen mit dieser seiner Methode sicherlich Sieger bleiben. Hat es doch von vornherein auf die Unterstützung Frankreichs und seiner Schützlinge zu rechnen! Was aber noch viel schwerer ins Gewicht fällt, das ist die Tatsache, daß auch England sich unter dem Einfluß des französischen Goldes der Pariser Politik verschrieben hat, und in der polnischen Frage ganz sicher nach den Wünschen und Wünschen Frankreichs operieren wird. Unsere Position wird also in Genf außerordentlich schwierig sein.

Frankreichs Bündnisystem

Frankreich hat in dem Bestreben, seine machtpolitische Stellung noch besser zu untermauern, in der letzten Zeit anscheinlich Erfolge errungen. Briand hat die italienische Aktivität mit der gleichen Mühsamkeit beantwortet. Die finanzielle und wirtschaftliche Übermacht Frankreichs wurde in den Dienst dieser Politik gestellt. Und die Erfolge sind, wie schon allein das Arrangement zwischen England und Frankreich zeigt, nicht ausgefallen. Gleichzeitig hat Frankreich sein Militärbündnis mit Belgien noch ausgebaut. Und ein weiterer Erfolg der französischen Politik ist es, daß Polen und Rumänien ein Militärbündnis abgeschlossen haben, welches eine seiner Spitzen auch gegen Deutschland richtet.

Bei alledem ist Briand bei seiner Idee der europäischen Union geblieben. Er ist klug genug, um sich zu sagen, daß eine so schöne Idee auf ideologisch veranlagte Menschen Eindruck macht, und daß, wenn die Dinge später einmal schief gehen sollten, Frankreich dann auf seinen angeblich guten Willen bei Gelegenheit der Propagierung dieser Unionsidee hinweisen kann. Dabei weiß jeder unbefangene Politiker, daß das Ganze doch nur diplomatische Taktik ist. Denn in Wahrheit denkt Frankreich ja gar nicht daran, die Voraussetzungen zu erfüllen, die vor der Bildung einer solchen europäischen Union erfüllt werden müßten. Der italienische Außenminister Grandi hat gestern diese Voraussetzungen in Genf von neuem formuliert. Sie heißen: Herstellung der völligen politischen und rechtlichen Gleichberechtigung aller europäischen Staaten und Bewirkung der im Friedensvertrag von Versailles versprochenen allgemeinen Abrüstung, ferner Sincereziehung Rußlands und der Türkei zu der Union. Bekanntlich sind das auch die Voraussetzungen, deren Erfüllung Deutschland zu fordern hat. Daß Frankreich sie innerlich ablehnt, weiß man zur Genüge. Und deshalb sind von vornherein die Aussichten für die Bildung einer europäischen Union gleich Null. Das Ganze hat, wie gesagt, nur für Frankreich einen Wert, nämlich den Wert eines geschickten diplomatischen Manövers, mit dessen Einzelheiten man dann später krebzen gehen kann.

Kleine Chronik

Die deutsche Fliegerin Ely Heinhorn ist mit ihrem Flugzeug am Freitag von Rabat nach Casablanca und Agadir weitergefliegen.

Zur Aufklärung der Verunreinigungen bei der Gewerbebank von Gladbach-Rhein, die deren Zusammenbruch herbeiführten, wurde in Bethel bei Bielefeld der Direktor Paulus verhaftet. Die Höhe der Unterzahlungen soll sich auf 2-400 000 Reichsmark belaufen.

Die Obduktion der Leiche des früheren Feldwebels August Fahlbusch hat, wie aus Bremen gemeldet wird, völlig einwandfrei ergeben, daß der Tod durch Kohlenoxydvergiftung eingetreten ist, als Fahlbusch in der Kajüte des Motorbootes übernachtet hatte.

Der frühere Vorsitzende des Schwimmkreises Sachsen im Deutschen Schwimmverband, Dr. Bunner in Dresden, wurde wegen Betruges und Urkundenfälschung zu vier Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Untersuchung über den „Todesnebel“ im Maastal geht weiter. Wie aus Lüttich berichtet wird, wurden bei den Todesopfern eine Entzündung der Luftröhre festgestellt, die auf die Vergiftung durch Kohlenoxyd zurückzuführen ist. Der Nebel hat einen stark wirkenden Stoff enthalten, dessen Beschaffenheit noch nicht ermittelt werden konnte.

Der deutsche Außenhandel 1930

Ausfuhrüberschuß 1,1 Milliarden Rückgang der Einfuhr um 3 Milliarden, der Ausfuhr um 1,5 Milliarden

Für das Gesamtjahr 1930 ist die deutsche Einfuhr im reinen Warenverkehr des Spezialhandels mit 10,4 Milliarden Reichsmark gegenüber 13,4 Milliarden Reichsmark für 1929 ausgewiesen. Der Rückgang der Einfuhr bezieht sich hierauf auf 3,0 Milliarden Reichsmark. Tatsächlich dürfte jedoch der Einfuhrückgang noch annähernd 800 Millionen mehr betragen, wegen der zeitlichen Verschiebungen in den statistischen Aufzeichnungen. Das entspricht dem Wert nach einer Abnahme um fast 25 v. H. gegenüber dem Vorjahr. Das Einfuhrvolumen hat dagegen nur einen Rückgang um wenig mehr als 10 v. H. erfahren. Der Unterschied läßt den starken Einfluß erkennen, den das Fallen der Weltmarktpreise auf die Wertergebnisse der Einfuhr im Jahr 1930 gehabt hat.

Die Ausfuhr, ausschließlich der Reparations-Sachlieferungen, ist von 12,7 Milliarden Reichsmark im Jahr 1929 auf 11,3 Milliarden Reichsmark im Jahr 1930 zurückgegangen. Die Reparations-Sachlieferungen betragen im Berichtsjahr 707 Millionen Reichsmark gegen 819 Millionen Reichsmark im Jahr 1929. Einschließlich der Reparations-Sachlieferungen stellt sich die Ausfuhr im Jahr 1930 auf 12,0 Milliarden Reichsmark gegenüber 13,5 Milliarden Reichsmark im Vorjahr; der Rückgang der Gesamtausfuhr beträgt mithin 1,5 Milliarden Reichsmark. Dem Wert nach bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme der Gesamtausfuhr um fast 11 v. H.; dem Volumen nach hat die Ausfuhr jedoch noch nicht um 5 v. H. abgenommen, also im Vergleich zur Einfuhr in erheblicherem Ausmaß.

Die Handelsbilanz des Jahres 1930 weist unter Berücksichtigung der durch die Lagerabrechnungen bedingten Korrektur der Einfuhrzahl um rund 200 Millionen Reichsmark und ohne Berücksichtigung der Reparations-Sachlieferungen einen Ausfuhrüberschuß von rund 1100 Millionen Reichsmark auf; im Vorjahr hatte sie mit einem Einfuhrüberschuß in Höhe von 783 Millionen Reichsmark abgeschlossen. Unter Einbeziehung der Reparations-Sachlieferungen stellt sich der Ausfuhrüberschuß auf 1800 Millionen Reichsmark gegenüber einem Einfuhrüberschuß von nur 36 Millionen Reichsmark im Jahr 1929.

Gegenüber dem Jahr 1929 verzeichnen die wichtigsten Einfuhrwaren folgenden Einfuhrückgang: Textilrohstoffe aller Art um 640 Mill. Reichsmark, unedle Metalle um 274 Mill. Reichsmark, Brotgetreide und Mälzereierzeugnisse um 239 Mill. Reichsmark, Futtermittel um 228 Mill. Reichsmark, Ölsäen und Ölsaaten um 215 Mill. Reichsmark, Garne aller Art um 112 Mill. Reichsmark, Wolleerzeugnisse um 107 Mill. Reichsmark, Holz um 103 Mill. Reichsmark. Unter den Waren, deren Einfuhr zugenommen hat, befinden sich die Mineralöle mit einer Mehrereinfuhr von 68 Mill. Reichsmark.

Der Ausfuhrüberschuß bezieht sich bei den wichtigsten Ausfuhrwaren (einschließlich der Reparations-Sachlieferungen, soweit solche in Frage kommen) gegenüber 1929 auf: 212 Mill. Reichsmark bei den Eisenwaren, 146 Mill. Reichsmark bei Geweben aller Art, 134 Mill. Reichsmark bei den Textilrohstoffen, 98 Mill. Reichsmark bei den Kohlen und Koks, 90 Mill. Reichsmark bei Farben und sonstigen Erzeugnissen der chemischen und pharmazeutischen Industrie. Zugenommen hat im Jahr 1930 die Ausfuhr von nichtelektrischen Maschinen (plus 51 Mill. Reichsmark).

Außerhalb des reinen Warenverkehrs sind im Spezialhandel an Gold und Silber im Berichtsjahr 491 Mill. Reichsmark (Vorjahr 552 Mill. Reichsmark) eingeführt und 543 Mill. Reichsmark (Vorjahr 974 Mill. Reichsmark) ausgeführt worden.

Im Dezember beträgt die Einfuhr 681,3 Mill. Reichsmark, mithin 53 Millionen Reichsmark weniger als im vorangegangenen Monat. Der Rückgang ist zum überwiegenden Teil als saisonmäßige Erscheinung zu werten.

Die Ausfuhr stellt sich, ausschließlich der Reparations-Sachlieferungen, im Dezember auf 851,9 Mill. Reichsmark (Vormonat 869,4 Mill. Reichsmark). Diese unbedeutende Ausfuhrabnahme ist besonders bemerkenswert, weil sie um 25 Proz. geringer ist als aus jahreszeitlichen Gründen hätte erwartet werden müssen. Der Ausfuhrüberschuß im Dezember beträgt, ausschließlich der Reparations-Sachlieferungen, 170,6 Mill. Reichsmark (Vormonat 135,1 Mill. Reichsmark).

Der Reichstag im Ausschuß

Fortsetzung der allgemeinen Aussprache

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Freitag, wie gemeldet, die allgemeine Aussprache über die Wirtschaft- und Finanzlage fortgesetzt.

Dr. Stolper (D. Slip.) schloß, um den Haushalt zu sichern, Einzelabstiche oder die große Reform vor. In Deutschland allein zeige sich keine Loderung der Krise, was in dem allgemeinen Mißtrauen in unserer politischen Entwicklung liege. Wiederherstellung des Vertrauens sei auch zur Revision unserer Kreditpolitik notwendig. — Abg. Dr. Albrecht (N.S.) griff die Finanzpolitik der Regierung auf das schärfste an und forderte den sofortigen Rücktritt des Finanzministers. Ein Beamtenabbau sei zwar berechtigt, aber nur bei den Beamten, die durch ihr Parteibuch ins Amt gekommen seien. — Abg. Gerke (W.) schloß sich dem Vorredner in der Frage der Tribulasten an. Vorübergehend müßten, im Interesse der Befreiung der Ausgaben, eventuell die Beamtengehälter nochmals gekürzt werden. — Abg. Herzt (D. Natl.) kam auf das Eugenbergsche Projekt zu sprechen. Seine Partei sehe darin den einzigen Weg zur ernstlichen Revision. — Abg. Schröder-Merfeld (N.), erklärt, daß nur eine Änderung des kapitalistischen Systems Rettung bringen könne. — Der volksparteiliche Abg. Dr. Cremer erklärte die Bereitwilligkeit seiner Partei, in der Regierung mitzuwirken, wenn ihre Forderung bewilligt werde. — Abg. Reinhardt (N.S.) bezeugte die Zufriedenheit des Ministers, daß keine neuen Steuern kämen. Wahrscheinlich werde im Frühjahr eine neue Dedungsvorlage kommen. Nur ein Weg könne aus dem Elend führen: Auflösung des Reichstages und Regierung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

WZ. Berlin, 17. Jan. Der Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte zwei Anträge der Nationalsozialisten und Kommunisten, wonach die mit dem Zwecke der Prozentigen Gehaltskürzung durchzuführenden, zum 31. März 1931 ausgesprochenen Kündigungen der Angestellten der Reichsverwaltung sofort zurückgenommen werden sollten, für erledigt, nachdem bekanntgegeben worden war, daß diese Kündigungen sämtlich zurückgenommen worden seien, da durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 eine andere Regelung dieser Frage möglich geworden sei.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion bleibt der von der Reichsregierung veranstalteten Reichsgründungsfeier fern. Abg. Stöhr hat dem Reichsministerium des Innern die Karten zurückgeschickt mit der Begründung, daß dem Kabinett zwei Minister, nämlich Cremer und ... angehören, die die Verfassung verletzen hätten.

Preisabbau bei Markenartikeln

Eine Verordnung der Reichsregierung

Die Reichsregierung hat eine Verordnung über die Preisbindung bei Markenartikeln erlassen, nach der Preisbindungen dann hinfällig sein sollen, wenn der Preis gegenüber dem am 1. Juli 1930 geltenden Verbraucherpreis nicht um mindestens 10 Proz. ermäßigt wurde. Über diese Verordnung wird vom Reichswirtschaftsministerium eine amtliche Erklärung ausgegeben, in der es heißt:

Als Markenartikel gelten nach der Verordnung solche Waren, die entweder selbst oder deren Umhüllung oder Ausstattung mit einem ihre Herkunft kennzeichnenden Merkmal (Firma, Wort- oder Bildzeichen u. ä.) versehen sind. Der Verkehr mit diesen Waren fällt aber dann unter die Verordnung, wenn der Lieferer den Abnehmer durch Verpflichtungsschein (Revers) oder auf andere Weise verpflichtet hat, die Ware nur zu einem bestimmten Preis an den Verbraucher weiter zu verkaufen. Diese Preisbindungen sollen nach dem Inhalt der Verordnung dann hinfällig sein, wenn der festgesetzte Preis gegenüber dem am 1. Juli 1930 geltenden Verbraucherpreis sich um mindestens 10 v. H. ermäßigt. Soweit eine solche Preisentfaltung bisher noch nicht erfolgt ist, werden also die an dem Verkehr mit Markenartikeln beteiligten Wirtschaftskreise — Erzeuger, Großhändler und Einzelhändler — bestrebt sein müssen, sich binnen kürzester Zeit zur Vermeidung des Verlustes des Handelschubes im gegenseitigen Zusammenwirken über den gebotenen Preisabbau zu verständigen. Nach der Meinung der Regierung soll es in der Regel vermieden werden, daß die Regelung des Verbraucherpreises ausschließlich zu Lasten einer der beteiligten Wirtschaftsklassen erfolgt. Einer Preisermäßigung würde es gleichgültig sein, wenn unter Beibehaltung des am 1. Juli 1930 geltenden Normalpreises eine entsprechende größere Menge der Waren geliefert wird. Dagegen würde eine Senkung des Normalpreises unter gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität oder Verringerung der Menge nicht als eine Preisentfaltung im Sinne der Verordnung gelten können. Solche Markenwaren, die am 1. Juli 1930 überhaupt noch nicht gehandelt wurden, fallen nicht unter die Verordnung.

Das Anwendungsgebiet der Verordnung ist sachlich auf preisgebundene Markenartikel bestimmter wichtiger Warengebiete beschränkt. Diese sind, soweit Lebensmittel in Betracht kommen, in der Verordnung ausdrücklich genannt, zum ändern werden sie in einer gleichzeitigen mit der Verordnung ergebenden Bekanntmachung gruppenweise aufgeführt. Zur Anwendung unvorhergesehener erheblicher wirtschaftlicher Nachteile ist eine allerdings sehr eng gezogene Stützbestimmung aufgenommen.

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats

Der Reichswirtschaftsrat hatte ein Gutachten zu der Verordnung erlassen. In a. wurde vorgeschlagen, daß die Verordnung dem Reichswirtschaftsminister die Möglichkeit vorbehalten soll, Befreiungen von der Verordnung eintreten zu lassen, wenn wirtschaftliche Nachteile entstehen. Bei Lebensmitteln könne der gegenübergehende Gedanke der Verordnung durchgeführt werden. Spirituosen und Schaumweine sollten ausgenommen werden. Eine Änderung der Verordnung betr. Arznei- oder chemisch-pharmazeutische Mittel wurde für notwendig gehalten.

Das Gutachten beschäftigt sich dann mit den Gefahren der Umgehungsmöglichkeiten durch Zusammenschluß von Betriebsgemeinschaften. Die Arbeitszeit soll nachgeprüft werden, ebenso Preissteigerungen, die oft die Selbstkosten wesentlich erhöhen.

In Stuttgart versammelte Vertreter der süddeutschen Nahrungsmittelindustrie haben nach Berlin eine Entschließung telegraphiert, in der dringend vor schematischen Eingriffen in die Preisgestaltung gewarnt wird, wie sie der Verordnungsentwurf vorsehe. Vernichtung bewährter Verkaufszusammenhänge, Arbeitslosigkeit und Verringerung der Steuererträge müßten die unausbleiblichen Folgen sein. Nur beschleunigter Abschluß der behördlichen Eingriffe könne eine Wiederbelebung der Wirtschaft bringen.

Die Genfer Europakonferenz

Die Mißerfolge bei der Wirtschaftsarbeit

Bei der Eröffnung der zweiten europäischen Konferenz in Genf am Freitagvormittag sprach nach Briand und Curtius, deren Ausführungen wir schon mitgeteilt haben, der italienische Außenminister Grandi, um wieder auf die Vorbehalte hinzuweisen, die seine Regierung im Mai des vergangenen Jahres auf das französische Memorandum vorgebracht habe. Die Frage der Einladung Rußlands und der Türkei müsse geklärt werden. Die europäische Union sei unmöglich, solange die gegenwärtige Ungleichheit im Nährungsstand der europäischen Staaten vorhanden ist. Die Frage der Abrüstung sei die primäre Seite des Problems der europäischen Einigung, alle anderen Fragen seien gegenüber dieser Behauptung von sekundärer Bedeutung. Der englische Außenminister Henderson machte den Vorschlag, eine Kommission zur Prüfung der in der Diskussion aufgeworfenen Fragen einzusetzen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. In dieser Kommission, die aus sieben Mitgliedern besteht, ist auch Dr. Curtius vertreten. In der Nachmittagskonferenz erarbeitete der frühere holländische Ministerpräsident Colijns seinen Bericht über die Wirtschaftsarbeiten des Völkerbundes, was er als unanfechtbare Aufgabe bezeichnete. Er gab eine Darstellung der bisher ergebnislosen Bemühungen, zu einer Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kommen. Die Waffenstillstandskonferenz in Jollbach im März 1930 sei vollkommen gescheitert. Die Novemberkonferenz der Regierungen habe gezeigt, daß der einmütige Wille noch nicht vorhanden sei, aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Die Ergebnisse zeigten, daß die Regierungen es nicht für möglich halten, gegenwärtig gemeinsame Anstrengungen auf dem Gebiete der Völkervereinigung zu unternehmen. Das Ergebnis sei, daß sich die Lage noch verschlechtert habe. In der Tatsache, daß deshalb viele Länder ihre Hoffnung auf den Völkerbund aufgegeben haben, sei eine ungeheure Gefahr enthalten, die die Fortentwicklung Europas noch größer machen könnte. Die politischen Folgen eines allgemeinen Handelskrieges seien katastrophal. Nur durch bessere wirtschaftliche Organisation könnten die europäischen Staaten auch politisch einander nähergebracht werden. Die Rede machte einen tiefen Eindruck auf die Versammlung. Briand erklärte, all dies zeige die dringende Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit der europäischen Völker. Auf Wunsch Hendersons wurde die Versammlung zwecks Vorbereitung für die Diskussion der angeschnittenen Fragen auf heute, Samstag, vertagt.

Verarbeitung von Postgebühren. Der Verwaltungsrat der Reichspost hat beschlossen, die Vorschläge auf Verarbeitung gewisser Gebühren, die seit dem vorigen Monat vorliegen, anzunehmen. Die Gebührenentfaltung bezieht sich im wesentlichen auf die Drucksachen, Postwurfbüchlein, Pakete, telegraphische Postanweisungen und Postfächer, auf dringende Telegramme und Ferngespräche.

Eine Kampfrede Goebbels

Zu einer nationalsozialistischen Versammlung in Berlin kündigte der Abgeordnete Goebbels den Entschluß an, die Partei werde alle Möglichkeiten der Legalität ausschöpfen. Die Frage allein, ob die Nationalsozialisten koalitions- und regierungsfähig seien, sei eine freche Unverschämlichkeit. Regierungsfähig sei jeder, der das Volk hinter sich bringt. „Gibt das Volk uns die Macht, dann werden wir sie auch gebrauchen. Wer uns verfassungswidrig daran hindert, wird von uns, wenn wir die Regierung haben, als Hochverräter nach Leipzig geschickt werden. Das Jahr 1931 wird von uns unerfährte Opfer an Gut und Blut fordern, aber es gibt für uns kein Zurück mehr.“ Vor und nach der Versammlung wurden insgesamt acht Nationalsozialisten festgenommen. Teilweise mußte die Polizei vom Gumminüßel Gebrauch machen.

Kurze Nachrichten

Senatspräsident Lorenz 7. Senatspräsident Lorenz vom Reichsgericht Leipzig, der sich schon vor längerer Zeit wegen Krankheit beurlauben ließ, ist Donnerstag gestorben. Er hat als Vorsitzender alle größeren politischen Prozesse der letzten Jahre geleitet.

Das neue badische Uniformverbot vor dem Reichstag. Auf Veranlassung der badischen Reichstagsabgeordneten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist im Reichstag der Antrag eingebracht worden, die Verordnung des badischen Staatsministeriums, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ergangen ist, aufzuheben.

In dem Prozeß gegen den Landbauführer Dankens in Liegnitz, der angeklagt ist, zum Steuerfreizug aufgereizt und Regierungsmitglieder beleidigt haben soll, kam das Gericht zu dem Beschluß, daß es nicht zuständig sei, und bezeichnete als zuständiges Gericht das erweiterte Schöffengericht in Königsberg i. Pr.

Nationalsozialistischer Bürgerrechtspräsident in Bremen. In der ersten Sitzung der im November neu gewählten bremischen Bürgererschaft wurde in der Sitzung zwischen einem Sozialdemokraten und einem Nationalsozialisten der Nationalsozialist Konrad Otto Heinrich Bernhard zum Präsidenten der Bürgererschaft gewählt.

Der Schiedspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie wurde für verbindlich erklärt. Er sieht eine Kürzung der Stundenlöhne um 4 Pf. in der Spitze vor.

In der Lohnfreiheit im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch, der (wie im Ruhrbergbau, eine Ermäßigung der Tariflöhne um 6 Proz. vorseht, für verbindlich erklärt.

Der Ständige Internationale Gerichtshof hat das japanische Mitglied des Richterkollegiums, Matsui, zu seinem Präsidenten gewählt.

Der Prinz von Wales und sein Bruder, Prinz Georg, haben eine Südamerikareise angetreten. Der Prinz von Wales wird am 14. März die britische Handelsausstellung in Buenos Aires eröffnen.

Eine französische Militärdenkmalreise für Polen. Die Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und der Firma Schneider-Creusot über die Verpachtung der Bahn Oberschlesien-Obing (Ostsee) an die französische Firma und über die Gewährung einer Anleihe von einer Milliarde Francs haben in Warschau begonnen. Die Bauarbeiten sollen Anfang 1932 beendet sein. Die Baukosten werden 55 Jahre betragen. Die Tarife sollen nicht höher sein, als die anderen Eisenbahntarife Polens.

Die Einwohnerzahl der Sowjetunion. Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare beträgt die Einwohnerzahl der Sowjetunion schon mehr als 161 Millionen gegenüber 145,5 Millionen im Jahre 1925.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die nächste Vollsitzung

Die nächste Sitzung des Landtagsplenums findet am **Mittwoch, den 21. Januar,** nachmittags 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf betr. die Übernahme einer Ausfallgarantie für Versicherungsgeschäfte nach Ausland. Dann kommen förmliche Anfragen zur Erledigung, und zwar des Freiherrn Marschall von Bieberstein (Nat.-Soz.), betr. Waffeneinfuhr für deutsche Kommunisten aus Belgien, des Abg. Kraft (Nat.-Soz.), betr. Stoffverteilung und Stundentafel für Oberrealschulen und Realschulen, des gleichen Abgeordneten, betr. das Staatstechnikum, des Abg. Bauer (D.Vp.), betr. die Broschüre „November-Verbrecher“. Weiter stehen zur Beschlusfassung die Anträge Dr. Schmitt-henner (D.Nat.), betr. Turnspiele in den Oberklassen der Mittelschulen, Bechler (Komm.), betr. die Staatszuschüsse an die Religionsgemeinschaften, Dr. Schmitt-henner, betr. Verteilung eines Abdrucks des Versailles Vertrags und des Youngplans an Schüler und Schülerinnen, die zur Entlassung kommen, Anträge Schill (Zentr.) über Heiminschaffung für Freizeitsportler, und betr. den deutsch-italienischen Handelsvertrag. Schließlich soll eine Reihe von Gesuchen zur Erledigung gebracht werden, u. a. die Eingabe der Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach, betr. die Wandergewerbesteuer.

Die Gehaltskürzung in Baden

Art. 4 des Badischen Gesetzes und Verordnungsblattes enthält eine Verordnung des Staatsministeriums, betr. Gehaltskürzung. Es heißt darin:

Gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember werden mit Wirkung vom 1. Februar 1931 bis mit 31. Januar 1934 um 6 v. H. gekürzt:

1. Die entsprechenden Bezüge, welche nach Maßgabe des badischen Besoldungsgesetzes vom 24. Februar 1928 oder auf Grund statutarischer Bestimmungen geleistet werden;

2. die entsprechenden Bezüge (einschließlich der Hinterbliebenenbezüge) der Bürgermeister, der besoldeten Gemeinderäte, der Beamten der Gemeinden sowie der berufsmäßigen oder nebenamtlich tätigen verfassungsmäßigen Organe und der Beamten der Gemeindeverbände, Kreise, öffentlichen Sparkassen und der übrigen der Landesaufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts — auch soweit solche Bezüge von der badischen Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte gewährt werden;

3. die Aufbesserungszuschüsse an die Religionsgesellschaften nach Maßgabe des Gesetzes vom 19. Dezember 1924 in der Fassung der Gesetze vom 5. Juli 1928 und vom 8. April 1930 über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln.

Während des genannten Zeitraums werden das Grundgehalt eines Ministers während seiner aktiven Dienstzeit und

die Dienstaufwandsentschädigung der Staatsräte um 20 v. H. gekürzt.

Die zum Vollzug dieser Verordnung nötigen Vorschriften erläßt jeder Minister für seinen Geschäftskreis.

Reichsgründungsfeier der Techn. Hochschule Karlsruhe

In schlichter, würdiger Weise feierte die Hochschule Karlsruhe heute, Samstag, vormittag die 60. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung. Als Ehrengäste bemerkten wir verschiedene Herren vom Unterrichtsministerium, die Vertreter der Reichs-, Staats- und Kirchenbehörden, den Oberbürgermeister und prominente Persönlichkeiten des öffentlichen und Wirtschaftslebens, auch Landtagspräsident Duffner hatte sich eingefunden. Unter den Klängen des Festmarsches von Lachner hielten die Chorgliedern ihren Einzug, worauf das akademische Orchester das „Lobe den Herrn“ zum Vortrag brachte.

Im Mittelpunkt des Festes stand die glänzende Rede des Geschichtslehrers unserer Friedrichiana, Prof. Dr. Schnabel, der das Leben und Wirken des Freiherrn vom Stein als Thema gewählt hatte. Er sei ein vorbildlicher Staatsmann gewesen, der erkannte, daß Politik nicht ohne Sachkenntnis zu machen war. Von ihm stammt das Wort: „Ich kenne nur ein Vaterland, das heißt Deutschland!“ Dabei war Freiherr vom Stein ein Feind des Zentralismus. Er rechnete mit der Vielgestaltigkeit der deutschen Stämme. Unsere heutige deutsche Republik, so führte der Redner weiter aus, knüpft in vielen Punkten an den Freiherrn vom Stein an. Erinnert sei nur an die von ihm erstrebte Heimkehr der österreichischen Brüder, an den Gedanken des einigen Deutschen Reiches. Er wollte die Eingabe und Aufbarmachung aller Kräfte für den Staat, die Überwindung des Egoismus, die auch das Gebot dieser bitteren Stunde sei. Mit anderen Worten, Freiherr vom Stein suchte die Macht des Staates zu stärken, indem er das Ethos in den Staat aufnahm. Das Volk sollte zu einem wahren Gemeinheitsleben erzogen werden, und dazu diente ihm das Mittel der Selbstverwaltung. Ohne Freiherrn vom Stein, ohne seinen Geist wäre 1870 nicht möglich gewesen. Prof. Schnabel schloß seine hochinteressanten Darlegungen mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und die badische Heimat, das lebhaften Wiederhall fand.

Mit einem Schlusswort des akademischen Orchesters folgte der Auszug der Chorgliedern, und damit hatte die eindrucksvolle Feier ihr Ende erreicht.

Am Freitagnachmittag veranstaltete die **Handelshochschule Mannheim** eine Feier zum Gedächtnis an die am 18. Jan. vor 60 Jahren im Spiegelhof zu Versailles proklamierte Einigung der deutschen Länder zum neuen Deutschen Reich. Neben dem Lehrkörper der Hochschule und zahlreichen Studierenden waren Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden erschienen.

Rektor Prof. Dr. Ludwig betonte, daß wir nur durch Überwindung unserer inneren Haders und seiner Auswüchse die jegliche Notzeit überwinden könnten. Die Festansprache hielt Privatdozent Dr. Springer. In großen Zügen gab der Redner ein Bild von der Bedeutung der Pfalz für die deutsche Geschichte und eine Schilderung der Pfalz als politisch und kulturell bedeutendem Bestandteil des Deutschen Reiches seit seiner Existenz. Die Studentenschaft hatte im Hinblick auf die derzeitige wirtschaftliche Notlage davon Abstand genommen, den traditionellen großen Kommerz zu veranstalten.

Aus der badischen Industrie

Die Zukunft von Zellstoff-Waldhof. Die Verwaltung der Zellstofffabrik Waldhof gibt bekannt: Auf Grund eingehender Erwägungen hat der Aufsichtsrat der Zellstofffabrik Waldhof dem Vorschlag der Direktion zugestimmt, wonach die Konzernverwaltung im Laufe des Sommers 1931 nach Berlin verlegt werden soll. Der Sitz der Gesellschaft bleibt in Mannheim. Der Hauptgrund für diese Maßnahme ist, daß Berlin zu den deutschen Werten des Waldhofkonzerns zentral gelegen, und daß dort auch das im Sommer d. J. in Betrieb kommende Werk Rerholm (Finnland) leichter erreichbar ist. Dazu kommt, daß der Papierverkauf des Waldhofkonzerns schon seit mehreren Jahren in Berlin zentralisiert ist und daß seit kurzem auch der Verkauf eines großen Teiles der erzeugten Zellulose in Berlin durch das neugegründete Zellstoffsyndikat erfolgt. — Der Betrieb des Werkes Mannheim wird durch diese Maßnahme in keiner Weise berührt. Von den Angehörigen in Mannheim wird nur ein geringer Teil entbehrlich werden.

Die Stadt Mannheim und Daimler-Benz. Zur Lösung des Vertrags mit Daimler-Benz berichtet die „Neue Bad. Landeszeitung“ u. a. nach: Für den Fall einer Dividendenlosigkeit der Gesellschaft sind Steuerermäßigungen zugestimmt worden, die für das vergangene Jahr allein über 100 000 M betragen. Die Stadt wird nun deren Einbringung mit allem Nachdruck fordern müssen. Auch die nach drei Jahren vorgesehene künftige Übernahme der Benzgarage am Lattorfplatz für 300 000 M wird nunmehr hinfällig. Nach den klaren und eindeutigen Bestimmungen des Vertrags wird Daimler-Benz auch keinen Rechtsgrund, die Aufhebung des Vertrags anzufechten, finden. Das Blatt fügt hinzu: „Gewiß bedeutet es für die Stadt Mannheim einen schweren Schlag, wenn jetzt ein so altes, mit der Geschichte Mannheims so eng verbundenes Werk, sich so einseitig, aber schließlich ist es für die Stadt Mannheim mehr als eine Prellfrage, ob sie es zulassen wird, daß ihr gegenüber Verträge nicht eingehalten werden.“

Die **Ogauer Steinwarenfabrik in Engen,** die schon seit längerer Zeit nur noch drei Tage in der Woche arbeiten ließ, hat ihre Fabrik nunmehr bis anfangs März ganz stillgelegt.

Aus der Landeshauptstadt

Die **Karlsruher Bürgersteuer.** Für 1930 wird sämtlichen Bürgersteuerpflichtigen der Stadt Karlsruhe (also auch den Lohnsteuerpflichtigen) ein **Forderungszettel** zugehen, da die Erhebung bei den Lohnsteuerpflichtigen durch Abzug vom Arbeitslohn für 1930 weder mehr zulässig noch möglich ist. Die Bürgersteuer wird für Karlsruhe je zur Hälfte auf den 15. Februar und 20. März 1931 fällig.

Kampf dem Krebs! Der junge „Deutsche Bund für Krebsbekämpfung“ legt eine große Mühseligkeit an den Tag. Die Aufklärung über den Krebs, seine Verhütung und Bekämpfung zu verbreiten ist immer neuer und eindringlicherer Form, gelangt ihm in hohem Maße. Dr. Wetterer will alle Fragegruppen möglichst in einzelne Vorträge kleiden, so daß das Ermüden der Einzelfragen wegfällt. Allein über die Brust-Gebärmutterkrebsbekämpfung von neuem zu hören, was neues die Wissenschaft bringt, ist lohnend. Das Strahlenforschung „courage radiofere“, wie es der Redner genannt hat, ist der Glückseligkeit für viele Kranke geworden. Die Besprechung der letzten Erfolge, besonders wichtiger Fälle, schließt sich an. Außerdem kommt u. a. das wichtige Thema zur Besprechung „Das tiefe Wesen des Krebses“ und die Vererbung“. Der Termin des zweiten Abends wird am ersten verlängert werden. Die Vorträge werden durch neue Lichtbilder illustriert. Des

Redner legt besonderen Wert darauf, daß die reifere Jugend von der Einladung Gebrauch mache. Die Stunden werden in Form von zwanglosen Veranstaltungen bei nicht überhöhter Restauration abgehalten.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Der Warmlufteinbruch hat sich jetzt voll ausgewirkt. In tiefen und mittleren Lagen herrscht allgemein Tauwetter mit Regen. Erst ab 900 bis 1000 Meter fällt gegenwärtig Schnee bei Temperaturen unter Null und stürmischen Südwestwinden. Von Nordwesten stößt kühlere Luft nach Mitteleuropa vor. Sie wird bis morgen wieder leichten Temperaturrückgang bringen, so daß auch in mittleren Gebirgslagen wieder Schnee fallen wird. In der Ebene ist vorerst nicht mit Frost zu rechnen. **Wetterausblick:** leichte Abkühlung, unbeständig, allmählich abflauende Westwinde, Gebirge Schneefall bei leichtem Frost, in der Ebene zeitweise Regen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Landrat Engler frei gesprochen

Ob. Offenburg, 16. Jan. In Gengenbach fand heute eine Verhandlung des Freiburger Schöffengerichts gegen den früheren Landrat Wilhelm Engler aus Karlsruhe wegen fahrlässiger Tötung statt.

Der Anklage liegt ein Unfall zugrunde, der seinerzeit erhebliches Aufsehen erregte. Landrat Engler war am 23. Mai v. J. in Begleitung des Offenburgers Landgerichtspräsidenten Kurzmann mit seinem Auto unterwegs. Dabei geriet der Wagen ins Schleudern, und Engler verlor die Herrschaft über das Steuer. Landgerichtspräsident Kurzmann wurde schwer verletzt und verstarb nach monatelangem Siechtum.

Da die Offenburgers Richter aus verständlichen Gründen eine Mitwirkung an diesem Falle ablehnten, wurde die Verhandlung durch das Freiburger Schöffengericht geführt, das nach längerer Verhandlung unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Laub (Freiburg) beschloß, das Verfahren unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse einzustellen, da der Unfall mit dem Tod des Landgerichtspräsidenten Kurzmann keinesfalls in kausalen Zusammenhang gebracht werden könne und infolge des Ablebens des Verletzten von dieser Seite kein Antrag auf Klagerhebung vorliege.

Ob. Ofen (bei Forzheim), 16. Jan. Im Bezirkskrankenhaus Neuenburg ist nach langem Leiden der humorvolle Heimatdichter des Erztales, Schlossermeister Ludwig Schwars, 82 Jahre alt gestorben.

Ob. Forzheim, 17. Jan. Zu dem Ausbruch zweier Gefangener während des Transports (von sieben Gefangenen) wird noch berichtet: Es handelt sich um zwei Schwereverbrecher, die aus dem Gefangenenwagen, der von Bruchsal nach Ludwigsburg fuhr, während der Fahrt des Juges bei Oettingen unter württembergischer Bewachung ausgebrochen sind. Der eine schlug den Begleitlanjäger nieder und sperrte ihn in eine Zelle, so daß er den Vorfall erst in Mülhlader melden konnte. Es gelang jedoch bald, den einen der beiden Verbrecher, der beim Abspringen den Fuß verstaucht hatte, in Schmie zu fassen. Der andere wurde nachmittags in Raitlingen gefaßt.

Müllheim, 16. Jan. Wie die „Marktgräfler Nachr.“ melden, kam gestern das Schloß in Schliengen, das zum Besitz des Grafen Oktav Andlau in Bellingen gehört, zur Zwangsversteigerung. Da auf dem Anwesen ein grundbuchmäßig eingetragener Nießbrauch zugunsten der verwitweten Frau Oberhofmarschall, Gräfin Andlau in Freiburg, sowie deren Tochter auf deren Lebenszeit lastet, waren naturgemäß ernliche Kaufliebhaber nicht vorhanden. Das Anwesen wurde schließlich für den Verdrag von nur 6000 M von der Gräfin Robert Andlau, der Mutter des Grafen Oktav, ersteigert.

Handel und Wirtschaft

Waggonfabrik S. Fuchs AG. in Heidelberg. In der am Freitag in Heidelberg abgehaltenen Generalversammlung waren von dem Aktientapital von 2 Millionen Reichsmark 1 944 400 Reichsmark vertreten. Den Vorsitz führte Kommerzienrat Paul Charlier aus Königswinter. Die Versammlung genehmigte ohne jede Aussprache den bekannten Abschluß und erteilte Entlastung. Wie bekannt, ergibt sich nach der Sanierung zum ersten Male wieder ein Reingewinn in Höhe von 146 839 Reichsmark, aus dem 5 Prozent Dividende verteilt und 40 000 Reichsmark der Rücklage zugeführt werden sollen. Es wurden keinerlei Mitteilungen über den Geschäftsbericht hinaus gemacht.

Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Gaid u. Neu, Karlsruhe. Der Bericht für 1929/30 bezeichnet einen Bruttoüberschuß von 1,68 Mill. Reichsmark gegenüber 2,10 Mill. Reichsmark im Vorjahre. Die Unkosten haben sich von 1,50 auf 1,12 Mill. Reichsmark ermäßigt, ebenso Steuern und soziale Abgaben auf 333 020 Reichsmark (414 989). Der vorzutragende Verlust ist von 78 631 auf 121 981 Reichsmark gestiegen. Die Gesellschaft weist darauf hin, daß die deutsche Nähmaschinenindustrie von der schlechten Wirtschaftslage besonders empfindlich betroffen worden sei. Die Beschäftigung ist im abgelaufenen Jahre zurückgegangen, nur in einigen Auslandsgebieten war eine Absatzsteigerung möglich. Das Abzahlungs-geschäft ist stark eingeschränkt worden, was außer den allgemeinen Verhältnissen zu einer erheblichen Verringerung der Vorratshaltung geführt habe. In der Bilanz werden Vorräte mit 2,08 (3,15) Mill. Reichsmark und Gläubiger mit 4,76 (5,55) Mill. Reichsmark ermäßigt ausgewiesen. Immobilien und Anlagen erscheinen mit 3,29 (3,47) Mill. Reichsmark, Kasse und Wechsel 228 870 (163 672) Reichsmark. Die nicht gegliederten Debitoren sind nach den durch Auflösung des Deltredere bereitgestellten Abschreibungen von 150 000 von 2,82 auf 2,70 Mill. Reichsmark zurückgegangen.

Gerichtliches Vergleichsverfahren bei der Oberheinischen Bankanstalt. Über das Vermögen der Oberheinischen Bankanstalt AG., Konstanz, wurde am Donnerstag das gerichtliche Vergleichsverfahren zur Anwendung des Konkurses eröffnet. Die Gläubigerversammlung ist auf den 11. Februar 1931 einberufen worden.

Die **Schiffahrt auf dem Neckar** war — wie aus Heilbronn berichtet wird — den ganzen Monat Dezember im Betrieb und erfreute sich eines guten Wasserstandes. Von Mannheim fuhr 26 Schleppzüge mit 108 Rähnen zu Berg, wovon 17 mit Gütern und 37 mit Kohlen für Heilbronn beladen waren. Zu Tal fuhr 90 Rähne.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Januar d. J. hat sich in der zweiten Januarwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 363,5 Mill. auf 3962,3 Mill. verringert. Die Geldbestände haben um 0,1 Mill. auf 2315,8 Mill. Reichsmark, die deckungsfähigen Devisen um 132,3 Mill. auf 268,1 Mill. abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold erhöhte sich von 41,2 Proz. in der Vorwoche auf 55,9 Proz., diejenige durch das Gold und deckungsfähige Devisen von 60,5 Proz. auf 62,7 Proz.

